



## ***EU-Kommunal News der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament***

**11/2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigelegt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Mit den besten Wünschen

Ihr Dr. Christian Ehler MdEP

## 1. Fahrgastrechte

**Das Parlament hat eine Verbesserung der Fahrgastrechte für den Luft-, Bahn-, Schiffs- und Straßenverkehr gefordert.** Der Initiativbericht enthält ein umfassendes Paket von Vorschlägen für EU-Passagierrechte. In der Entschließung vom 23.10.2012 – eine Charta der Passagierrechte - wird vom Parlament anerkannt, dass eine einzige verkehrsübergreifende Verordnung für alle Verkehrsträger derzeit nicht realisierbar ist, weil die Verordnungen zu den Fahrgastrechten im Schiffs- und Busverkehr (Inkrafttreten im Dezember 2012 bzw. März 2013) noch nicht in Kraft getreten sind. Es wird aber empfohlen, einen Gemeinsamen Referenzrahmens (GRR) für das Personenbeförderungsrecht zu schaffen, der Grundprinzipien, Begriffsbestimmungen und Mustervorschriften für Fahrgastrechtvorschriften für alle Verkehrsträger umfasst. Die Verkehrsunternehmen und die Kommission werden in der Entschließung u.a. aufgefordert,

die Fahrgastrecht-Informationen auf dem Ticket deutlich anzugeben, insbesondere die Kontaktadressen für Hilfe und Unterstützung und die Behandlung von Beschwerden (Adressat: Verkehrsunternehmen);

einen effizienten telefonischen Beratungsdienst zum Ortstarif einzurichten, der allen Reisenden nach Buchung der Reise zugänglich ist und in Störfällen Alternativvorschläge unterbreitet (Verkehrsunternehmen);

die Einrichtung einer zentralen, elektronischen Beschwerdestelle („clearing house“) vorzuschreiben, die über eine Standard-E-Mail-Adresse und eine kostenlosen EU-weit gültigen Hotline zu erreichen ist (Adressat: Kommission);

Leitlinien für die schnelle und einfache Regelung von Beschwerden auf den Weg zu bringen (Kommission);

in alle Amtssprachen ein einheitliches, EU-weit gültiges verkehrsübergreifendes Beschwerdeformular zu entwickeln (Kommission/ Verkehrsunternehmen),

eine für alle Verkehrsarten maximale Frist für die Einreichung und Bearbeitung von Beschwerden vorzuschreiben (Kommission);

eine Regelung zum Schutz von Passagieren im Falle von Zahlungsunfähigkeit oder Konkurs einer Fluggesellschaft vorzubereiten, z.B. die Rückführung festsitzender Fluggäste und eine obligatorische Versicherung der Fluggesellschaft zur Entschädigung von Fluggästen (Kommission);

Entwicklung eines multimodalen Reiseplaners, der als ein Schlüsselement für die Einführung von Intelligenten Verkehrssystemen (ITS) angesehen wird, um den Fahrgästen einen Tür-zu-Tür-Informationendienst, einschließlich für Reisekosten und Reisedauer, zu gewährleisten (Kommission).

In einer grundsätzlichen Vorbemerkung betont das Parlament, dass die Fahrgastrechte bei ländlichen Buslinien ausgewogen gestaltet werden müssen und die Belastung für das Busunternehmen nicht so stark sein dürfen, dass diese Dienstleistungen in Zukunft nicht mehr machbar sind. Festgestellt wird auch, dass Reisende nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben,

durch deren Einhaltung sie für sich und andere Reisende zu einem sicheren und reibungsfreien Ablauf vor, während und nach der Reise beitragen.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.euoparl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54024/html/Fahrgastrechte-Abgeordnete-wollen-Schlupf%C3%B6cher-schlie%C3%9Fen>

Die Entschließung des Parlaments vom 23. 10. 2012 unter

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0371+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Fahrgastrechte in der EU unter

<http://ec.europa.eu/transport/passenger-rights/de/index.html>

Smartphone-Apps: „Ihre Rechte als Reisende immer dabei“ unter

<http://ec.europa.eu/transport/passenger-rights/de/mobile.html>

## **2. Konsularischer Schutz**

**Die Auslandsvertretungen der EU-Mitgliedstaaten müssen EU-Bürgern im Ausland den gleichen Schutz wie den eigenen Staatsangehörigen gewähren.** Das hat das Parlament für die Fälle beschlossen, in denen das eigene Land vor Ort nicht vertreten ist. Wer sich im Ausland in Schwierigkeiten befindet, soll sich an je Auslandsvertretung eines EU-Staates wenden und Hilfe in Anspruch nehmen können. Die Mitgliedstaaten sind allerdings nur verpflichtet, die Hilfen zu leisten, die sie ihren eigenen Staatsangehörigen anbieten.

Jährlich reisen mehr als 90 Mio. Europäer in ein Land außerhalb der EU und rund 30 Mio. EU-Bürger leben außerhalb der EU-Grenzen. So waren z.B. viele EU-Bürger nach den demokratischen Aufständen im Frühjahr 2011 in Libyen, Ägypten und Bahrain betroffen, oder nach dem Erdbeben in Japan im März 2011. Auch in alltäglichen Situationen ist konsularischer Schutz oft unerlässlich, etwa bei schwerer Erkrankung, Unfällen oder wenn man Opfer einer Straftat geworden ist.

Entschließung des Parlaments vom 25. 10.2012 zur Richtlinie des Rates über den konsularischen Schutz von Unionsbürgern im Ausland unter

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0394+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **3. Tourismus - Gütesiegel**

**Ein europäisches Gütesiegel für den Tourismus ist in Vorbereitung.** Das Parlament hatte am 27.9.2011 die Kommission aufgefordert, bis Ende 2012 u.a. ein „Europäisches Siegel für Qualitätstourismus“ zu entwickeln. Die zersplitterten Ansätze in den Mitgliedstaaten und Regionen

der EU sollten zusammengeführt werden, ohne dass dabei die Vielfalt des in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Kultur- und Naturerbes verschwindet. Auch sei eine Zusammenführung mit dem Umweltzeichen für Beherbergungsbetriebe zu einem einheitlichen Zeichen wünschenswert. Nun hat die Kommission am 21.9.2012 einen einschlägigen Bericht vorgelegt, der ein auf freiwilliger Basis ausgestaltetes Gütesiegel favorisiert.

Der Bericht (Englisch, 222 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/getdocument.cfm?doc\\_id=7655](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/getdocument.cfm?doc_id=7655)

Entschließung des Parlaments vom 27.9.2011

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0265+0+DOC+XML+V0//DE#title2>

#### **4. Europäisches Jahr 2013**

**Das Parlament hat das Jahr 2013 zum "Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger" erklärt.** Das Jahr 2013 soll die Allgemeinheit stärker für die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte und Pflichten sensibilisieren. Dabei geht es insbesondere um die Erklärung der Rechte im Zusammenhang mit der Übersiedlung und dem Leben in anderen EU-Ländern, etwa die Anerkennung von akademischen und beruflichen Qualifikationen, Passagier- und Verbraucherrechte, der Zugang zu grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherheit sowie zu Bildungsangeboten wie dem Erasmus-Programm, das es jungen Menschen ermöglicht, im Ausland zu studieren. Da Rechte nicht wahrgenommen werden können, wenn man sie nicht kennt, stehen Informations-, Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen im Mittelpunkt des Europäischen Jahrs. Die Informationen sollten kostenlos und in allen Amtssprachen der Union verfügbar sein. Sie sollten leicht verständlich sein und u.a. in Zusammenarbeit mit den lokalen, regionalen und nationalen Behörden, ausgearbeitet werden, z.B. Aufsatzwettbewerbe, Entwicklung von Aktionsplänen und Leitfäden, Internet-Diskussionsforen und Kampagnen an Schulen und Universitäten.

2013 ist der 20. Jahrestag der Gründung der Unionsbürgerschaft, die mit dem Vertrag von Maastricht vom 01.11.1993 eingeführt worden ist. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54022/html/Das-Europäische-Jahr-der-Bürgerinnen-und-Bürger>

Entschließung des Parlaments vom 23. Oktober 2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0368+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entschließung des Parlaments vom 15. Dezember 2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0483+0+DOC+XML+V0//DE>

## **5. Konsultationen und Muttersprache**

**Das Parlament fordert, dass öffentliche Konsultationen in sämtlichen Amtssprachen der EU zur Verfügung gestellt werden müssen.** Damit hat das Parlament die Kritik an der restriktive Sprachenpolitik der Kommission zur „Chefsache“ gemacht. In einer Entschließung vom 14.6.2012 verweist das Parlament 6 Monate vor dem Beginn des Europäischen Jahr der Bürger (2013) auf ein gravierendes Transparenzproblem der Kommission bei öffentlichen Konsultationen. Diese gehören zu den wichtigsten Instrumenten einer offenen Transparenzpolitik und damit genau in den Bereich, in dem der europäische Bürger um seine persönliche Meinung gebeten wird. Die an jeden EU Bürger gestellten Fragen erreichen aber die einfachen Bürger nicht, wenn sie nicht in ihrer Muttersprache gestellt werden. Wenn die aktive Mitwirkung der Bürger an der Politikgestaltung in der EU gefördert werden soll, so das Parlament, dann ist die Fragestellung in der Muttersprache unverzichtbar. Bei Konsultationen dürfe es daher keine Diskriminierung aufgrund der Sprache mehr geben.

Der Europäische Ombudsmann hatte bereits im Dezember 2011 die Kommission aufgefordert, klare Leitlinien für ihre Sprachenpolitik bei öffentlichen Konsultationen aufzustellen. Bürger könnten ihr Recht auf Teilnahme am EU-Entscheidungsprozess nicht ausüben, wenn Dokumente für öffentliche Konsultationen nicht in allen Amtssprachen erhältlich seien. Die Kommission vertrat demgegenüber die Auffassung, dass die Bürger kein Recht auf Zugang zu Konsultationen in allen EU Sprachen hätten, auch wenn die Sprachbarrieren für Bürger ein Hindernis für die Teilnahme an öffentlichen Konsultationen sein könnten. Die Umsetzung der Mehrsprachigkeit hänge jedoch von Zeitbeschränkungen und den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Sie sei nicht verpflichtet, die Dokumente in alle EU-Amtssprachen zu übersetzen. Der Ombudsmann hat sich der Forderung des Parlaments ausdrücklich angeschlossen. Wörtlich: „Bürger können nicht wirksam an Konsultationen teilnehmen, die sie nicht verstehen“. Er betont, dass die restriktive Sprachenpolitik der Kommission eine schlechte Verwaltungspraxis darstelle.

Entschließung des Parlaments vom 14.6.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0256+0+DOC+XML+V0//DE>

Pressemitteilung des Ombudsmann vom 11.10.2012 unter

<http://www.ombudsman.europa.eu/de/press/release.faces/de/12029/html.bookmark>

und vom 1.12.2011 unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_EO-11-18\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_EO-11-18_de.htm?locale=en)

## **6. Öffentliche Verwaltung - Wettbewerb Termin: 15.2.2013**

**Die Kommission hat einen Europäischen Preis für Innovation in der öffentlichen Verwaltung auslobt.** Sie will damit eine besonders sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel honorieren. In folgenden 3 Kategorien werden Geldpreise für besonders gelungene Projekte verliehen:

Initiativen für die Bürger: z.B. besondere Unterstützung für ältere Menschen, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung.

Initiativen für Unternehmen: z.B. Bereitstellung von Networking-Plattformen für Start-ups, die Unterstützung der ländlichen Unternehmer mit e- Handels-Tools.

Initiativen für Bildung und Forschung: z.B. neue Ansätze in der Berufsbildung, Förderung einer besseren Lernumgebung für Grundschulen, Erleichterung des Unternehmertums von Forschern.

Es sollen bis zu 9 besonders gelungene Projekte, die sich schon länger in der Praxis bewährt haben, mit jeweils 100.000 € prämiert werden. Bewerbungsschluss ist der 15. Februar 2013.

Weitere Einzelheiten unter

[www.ec.europa.eu / admin-Innovatoren](http://www.ec.europa.eu/admin-innovatoren)

Die Auslobung (Englisch, 8 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/admin-innovators//contest\\_rules.pdf#view=fit&pagemode=none](http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/admin-innovators//contest_rules.pdf#view=fit&pagemode=none)

## **7. Meerespolitik – Blaue Wirtschaft**

**Europa setzt auf Wachstum und Arbeitsplätze im Bereich der Meereswirtschaft.** Das zeigt die Erklärung zur Meereswirtschaft, die am 7.10. 2012 in Limassol/Zypern verabschiedet worden ist. Es geht um die Entwicklung der „blauen Wirtschaft“ in der EU, aber auch um den Schutz der Meere und Ozeane. Zur Erforschung und Entwicklung des Wachstumspotenzials in der Meereswirtschaft (blaue Wirtschaft) will die Kommission in den kommenden zwei Jahren eine Reihe von Initiativen starten, u.a. Mitteilungen zum Küsten- und Meerestourismus, zur Energie (Offshore) aus dem Meer, zur blauen Biotechnologie, zu der Gewinnung mineralischer Rohstoffe aus dem Meer, sowie strategische Leitlinien für Aquakultur.

Der Küsten- und Meerestourismus ist der größte Sektor der Meereswirtschaft. Allein im Bereich des Kreuzfahrttourismus wird von 100.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020 ausgegangen. Die Kapazitäten zur Energiegewinnung aus dem Meer werden durch eine Verringerung der Technologiekosten voranschreiten. Im Bereich der Gewinnung mineralischer Rohstoffe aus dem Meer wird damit gerechnet, dass der globale Jahresumsatz von praktisch null in den nächsten 10 Jahren auf 5 Milliarden € und bis 2030 auf bis zu 10 Milliarden € steigt. Und wenn es gelingt, in der EU vergleichbare Wachstumsraten wie in anderen Ländern zu erreichen, könnten in den nächsten 10

Jahren im Bereich der Biotechnologie und Aquakultur Märkte für Massenprodukte entstehen, einschließlich Kosmetika, Nahrungsmittel, Pharmazeutika, chemischer Erzeugnisse und Biokraftstoffe,

In den Meeresregionen lebt nahezu die Hälfte der EU-Bevölkerung. Die Küste der EU ist siebenmal so lang ist wie die der Vereinigten Staaten und viermal so lang wie die Russlands.

Pressemitteilung der Kommission vom 8.10.2012 unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1081\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1081_de.htm)

Die Erklärung von Limassol vom 7.10.2012 (Englisch, 6 Seiten) unter

<http://www.cy2012.eu/index.php/el/file/TphGtH7COdr2nxXo9+AUZw==/>

Website Maritime Angelegenheiten und Blauen Wachstum unter

[http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy/blue\\_growth/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy/blue_growth/index_de.htm)

## **8. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**

**Die UVP-Richtlinie soll komplett überarbeitet werden.** Unter Anpassung an die politischen, rechtlichen und technischen Entwicklungen sollen die UVP-Vorgaben gestrafft und wo notwendig, verschärft werden. Dabei soll den neuen Herausforderungen wie Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge Rechnung getragen werden. Das findet insbesondere auch in neuen inhaltlichen Anforderungen an den vom Projektträger vorzulegenden Umweltbericht seinen Niederschlag. Vorgesehen sind insoweit u.a. zusätzliche Informationsanforderungen bezüglich der Prüfung sinnvoller Alternativen, die Erläuterung von Überwachungsmaßnahmen sowie die Beschreibung von Aspekten im Zusammenhang mit den neuen ökologischen Herausforderungen. Die Kommissionsvorschläge betreffen u.a.

die Anpassung des Verfahrens, damit künftig nur Projekte mit signifikanten Umweltauswirkungen einer UVP-Prüfung unterliegen. Projekte, die zur Verringerung ihrer Umweltauswirkungen angepasst wurden, und kleinere Projekte mit lokal begrenzten Auswirkungen sollen künftig schneller und zu geringeren Kosten genehmigt werden;

die Verschärfung von Vorschriften zur Vermeidung von Umweltschäden. Die Auswirkungen alternativer Vorschläge sollen künftig systematischer geprüft werden und die Behörden werden ihre Beschlüsse genauer begründen müssen;

die Straffung des UVP-Prozesses durch Festlegung von Zeitrahmen und ein neuer Mechanismus, wenn verschiedene Behörden beteiligt sind.

Der Geltungsbereich der Richtlinie wird auf die Durchführung von Bau- und Abrissarbeiten und die Realisierung sonstiger Anlagen oder Bauten erstreckt. Vorgesehen ist eine zentrale UVP-Anlaufstelle, die für die Koordinierung bzw. Integration von Bewertungsverfahren im Rahmen der UVP-Richtlinie

und anderer EU-Rechtsvorschriften zuständig ist. Die neuen Bestimmungen sollen auch für Projekte gelten, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neufassung noch nicht abgeschlossen ist. Die Kommission erwartet, dass die neue Richtlinie im Frühjahr 2014 in Kraft treten wird. Die Vorschläge der Kommission sind dem Parlament und Rat zur Beratung vorgelegt worden.

Die Pressemitteilung unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1158\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1158_de.htm)

Der Kommissionsvorschlag zur UVP vom 26.10.2012 unter

[http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/com\\_628/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v3.pdf](http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/com_628/1_DE_ACT_part1_v3.pdf)

## **9. Biokraftstoffe**

**Die Kommission will die Verwendung von Biokraftstoffen, die aus Nahrungsmitteln gewonnen werden, auf 5% begrenzen.** Prioritäten sollen nach einem Richtlinienentwurf die Biokraftstoffe haben, die keine Auswirkungen auf die essbaren Teile von Nahrungsmittelpflanzen haben und deren Ausgangsstoffe nicht zu einem zusätzlichen Flächenbedarf führen. Das sind die Biokraftstoffe der 2. Generation, die aus Pflanzenabfällen, Stroh, Klärschlamm, Tierdung oder Algen hergestellt werden. Auch sollen nach den Vorstellungen der Kommission bei der Bewertung der Treibhausgasbilanz von Biokraftstoffen die geschätzten Folgen der globalen Landnutzungsänderungen (Indirekte Landnutzungsänderung – ILUC) berücksichtigt werden. ILUC liegt vor, wenn aufgrund der Herstellung von Biokraftstoffen z.B. die Produktion von Nahrungs- oder Futtermitteln auf zuvor nicht agrarisch genutzte Flächen wie z.B. Waldflächen verlagert und damit das im Wald gebundene Kohlendioxid freigesetzt wird. Auch aus der Sicht der Bundesregierung ist dieser Klimaeffekt bei der Bewertung von Biokraftstoffen zu berücksichtigen. Sie hat daher in einem Bericht vom 10. 05. 2012 (BT Ds 17/9621) die Kommission aufgefordert, die einschlägigen Richtlinien mit dem Ziel zu ändern, dass ILUC infolge der Nutzung von Biokraftstoffen durch praktikable und angemessene Maßnahmen vermieden wird.

Mit der 5%-Begrenzung reagiert die Kommission auf die Erkenntnis, dass unter Berücksichtigung der ILUC einige Biokraftstoffe ebenso hohe Treibhausgasemissionen verursachen wie die fossilen Kraftstoffe, die sie ersetzen sollen. Neben der Begrenzung der aus Nahrungsmittelpflanzen hergestellten Biokraftstoffe auf 5% müssen Kraftstofflieferanten und Mitgliedstaaten künftig über die geschätzten Folgen der ILUC berichten. Schließlich wird von allen Biokraftstoffanlagen, die nach Juli 2014 ihren Betrieb aufnehmen, Emissionsreduktionen um 60 % verlangt. Davon erhofft sich die Kommission stärkere Investitionen in Biokraftstoffe der 2. Generation. Der aktuelle Vorschlag sieht weiterhin vor, dass nach 2020 nur solche Biokraftstoffe finanziell gefördert werden sollen, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen und nicht aus Nahrungs- oder Futtermittelpflanzen hergestellt werden.



Zu den konventionellen Biokraftstoffen (Biokraftstoffe der ersten Generation) zählen Pflanzenölkraftstoffe, Biodiesel und Bioethanol, die in Deutschland vorwiegend aus Raps, Weizen und Zuckerrüben hergestellt werden. Derzeit entfallen etwa 75% der Biokraftstoffe auf Biodiesel, der überwiegend aus Raps hergestellt wird und 25% auf Bioethanol, der vor allem aus Zuckerrüben und Mais hergestellt wird. Der Richtlinienvorschlag bedarf der Zustimmung von Parlament und Rat.

Pressemitteilung der Kommission vom 18.10.2012 unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1112\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1112_de.htm?locale=en)

Richtlinienvorschlag vom 17.10.2012 (25 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com\\_2012\\_595\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com_2012_595_de.pdf)

Informationen über Biokraftstoffe und Landnutzungsänderungen unter

[http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/land\\_use\\_change\\_de.htm](http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/land_use_change_de.htm)

Informationen zur Richtlinie über erneuerbare Energien – Ziel 2020 unter

[http://ec.europa.eu/energy/renewables/targets\\_de.htm](http://ec.europa.eu/energy/renewables/targets_de.htm)

Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Treibhausgasminderung von Biokraftstoffen, über das Biomassepotenzial sowie über die auf dem Kraftstoffmarkt befindlichen Biomethan-Mengen (BT Ds 17/9621) vom 10. 05. 2012 unter

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/096/1709621.pdf>

## **10. Binnenwasserstraßen**

### **Die Kommission hat einen Leitfaden für die Binnenschifffahrt und Naturschutz herausgegeben.**

Darin wird erläutert, wie Tätigkeiten der Binnenschifffahrt ausgeübt werden sollten, um mit der EU-Umweltpolitik im Allgemeinen und den EU-Naturschutzvorschriften im Besonderen vereinbar zu sein. Dargestellt werden insbesondere auch die rechtlichen Verpflichtungen, die Träger und Manager von Infrastrukturvorhaben haben im Zusammenhang mit den EU-Umweltschutzvorschriften und unter besonderer Berücksichtigung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie. Es werden Fallstudien vorgestellt und Beispiele für nachahmenswerte Verfahren gegeben, die zeigen, wie Ausbau und Bewirtschaftung von Binnenwasserstraßen mit dem Naturschutz Hand in Hand gehen können.

Auf dem europäischen Binnenwasserstraßennetz von etwa 37 000 km werden alljährlich etwa 140 Mrd. Tonnenkilometer Transportleistungen erbracht und dabei etwa 500 Mio. Tonnen Fracht befördert. Obwohl dies innerhalb des Verkehrsnetzes und der Transporttätigkeit in der EU insgesamt nur einen geringen Prozentsatz ausmacht, ist es doch ein bemerkenswertes Frachtvolumen, das über ein Netz mit riesigen freien Kapazitäten befördert wird, welches die EU-Straßen und Schienenstrecken entlasten könnte. Die Nutzung des Potenzials der Binnenschifffahrt ist ein wichtiger Bestandteil der EU-Verkehrspolitik. Danach sollen die verkehrsbedingten Treibhaus-

gasemissionen bis 2050 um 60 % reduziert und gleichzeitig dem wachsenden Transportbedarf Rechnung getragen werden.

Pressemitteilung der Kommission unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1114\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1114_de.htm)

Der Leitfaden zu Binnenschifffahrt und Natura 2000 (Englisch, 122 Seiten) unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1114\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1114_de.htm)

Weitere Informationen zur aktuellen Entwicklungen im Bereich Binnenschifffahrt unter

[http://ec.europa.eu/transport/inland/promotion/doc/2012\\_0168\\_final\\_swd.pdf](http://ec.europa.eu/transport/inland/promotion/doc/2012_0168_final_swd.pdf)

## **11. Motorräder und Mopeds**

**Motorräder und Mopeds sollen umweltfreundlicher und sicherer werden.** Entsprechende Vorschriften werden in Brüssel vorbereitet und weitergehende Maßnahmen vom Bundesrat gefordert. Die dem Parlament vorliegenden Empfehlungen beziehen sich auf Abgasnormen und Bremssysteme. Davon werden etwa 30 Millionen Fahrzeuge der Kategorie L (Motorräder mit und ohne Beiwagen, Mopeds, Dreiräder, Mini-Cars und Quads etc.) erfasst. Danach müssen alle größeren Motorräder (über 125 ccm) künftig mit Antiblockiersystemen an den Bremsen und kleinere Fahrzeuge (unter 125 ccm) u.a. Mopeds, zumindest mit CBS-Bremssystemen ausgestattet sein. Die Abgasnormen, d.h. die Grenzwerte für den maximalen Emissionsausstoß, sind wie folgt festgelegt worden: Ab 2016 müssen Motorräder die EURO 4-Norm und Mopeds die EURO 3-Norm einhalten; ab 2020 gilt dann für Motorräder die EURO 5-Norm. Die formale Abstimmung im Parlament ist für das Novemberplenium vorgesehen. Fast zeitgleich hat der Deutsche Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der EU-Kommission für weitergehende Vorschriften zur Lärmbegrenzung bei Krafträdern einzusetzen. Insbesondere sei dafür zu sorgen, dass die Messverfahren zur Bewertung des Geräuschs die gesamte Nutzungspraxis der Motorräder abdecken. Zur Begründung führt der Bundesrat aus, dass die derzeit geltenden Vorschriften zur Lärminderung neuer Krafträder nur ein geringes Spektrum des üblichen - lärmintensiven - Fahrbetriebs umfassen. Die Reduzierung der gesundheitsschädlichen Belastungen erfordere daher effektivere Vorschriften zur Lärmbegrenzung.

Zur Entschließung des Bundesrats (Drucksache 441/12) vom 10.12.2012 unter

[http://www.bundesrat.de/cln\\_330/nn\\_2291536/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/441-12\\_28B\\_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/441-12\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_330/nn_2291536/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/441-12_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/441-12(B).pdf)

## **12. Geschützte Flächen**

**In Europa sind 21% des Landgebiets und 4% des Meeresraumes als Naturschutzgebiete ausgewiesen.** Das besagt ein am 22.10.2012 von der Europäischen Umweltagentur (EEA) vorgelegter Bericht.

Weiteres in der Pressemitteilung des DNR unter

<http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/naturschutz-biodiversitaet/1769-mehr-als-ein-fuenftel-der-landflaeche-in-europa-ist-geschuetzt>

Der EEA Bericht (Englisch, 136 Seiten) unter

<http://www.eea.europa.eu/publications/protected-areas-in-europe-2012/view>

## **13. Konto für Jedermann**

**Das Parlament macht mit Erfolg Druck in Sachen „Konto für Jedermann“.** Der Blockadehaltung des Finanzsektors leid hatte das Parlament am 4. Juli 2012 die Kommission unter Fristsetzung aufgefordert, bis Januar 2013 einen verbindlichen Rechtsrahmen für einen Rechtsanspruch aller EU-Bürger auf grundlegende Bankdienstleistungen (Basiskonto) vorzulegen. Auch die Bundesregierung hatte einen dringenden Handlungsbedarf festgestellt, da die Kreditwirtschaft keine der 1995 gegebenen Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für Jedermann umgesetzt hat. Nun zeigt der Druck der Politik erste Wirkung. Mit der „Erklärung der deutschen Sparkassen zum Bürgerkonto“ haben sich die Sparkassen in Deutschland verpflichtet, ab Oktober 2012 jeder Privatperson in ihrem Geschäftsgebiet ein Guthabenkonto (Bürgerkonto) einzurichten. Mit dem Bürgerkonto können Kunden am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen, ohne sich dabei zu verschulden. Dabei bezahlen sie keine höheren Entgelte als bei einem vergleichbaren Konto mit Überziehungsmöglichkeit. Schlichtersprüche zum Bürgerkonto werden von der Sparkasse als verbindlich anerkannt.

Erklärung der deutschen Sparkassen zum Bürgerkonto vom 26.9.2012 unter

[http://www.dsgv.de/download\\_gallery/Pressemitteilungen\\_2012/120926\\_PM\\_Erklaerung\\_Buergerkonto\\_97.pdf](http://www.dsgv.de/download_gallery/Pressemitteilungen_2012/120926_PM_Erklaerung_Buergerkonto_97.pdf)

Pressemitteilung des Parlaments vom 4.7.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120704IPR48262/html/Grundlegende-Bankdienstleistungen-m%C3%BCssen-f%C3%BCr-alle-EU-B%C3%BCrger-zug%C3%A4nglich-sein>

Entschließung vom 4.7.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Bericht der Bundesregierung vom 27.12.2011 (BT Ds 17/8312) unter

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/083/1708312.pdf>

#### **14. Mehrwertsteuer – Ermäßigung Termin: 3.1.2013**

**Die Kommission hat eine Konsultation mit dem Ziel der Überprüfung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen eingeleitet.** Dabei geht es um die Frage, ob ermäßigte MwSt-Sätze für bestimmte Güter und Dienstleistungen noch zeitgemäß sind. Bürger, Unternehmen und Kommunen sind insbesondere auch aufgefordert, die Auswirkungen aufzuzeigen, die die Abschaffung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen mit sich bringen könnte. Es wird um Stellungnahmen gebeten, ob sich derzeit ermäßigte MwSt-Sätze im Binnenmarkt wettbewerbsverzerrend auswirken, ermäßigte MwSt-Sätze für Wasser, Energie, Abfallbewirtschaftung und Wohnen in Widerspruch zu den Zielen der EU-Politik stehen und wie ähnliche Güter und Dienstleistungen für MwSt-Zwecke behandelt werden sollten, wobei die technologische Entwicklung zu bedenken sei.

In der Pressemitteilung betont die Kommission, dass sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorschläge, ermäßigte MwSt-Sätze abzuschaffen oder einzuführen. Die Befragung ist Teil von umfassenden Arbeiten zu einer grundlegenden Reform des EU-MwSt-Systems, mit der die Vorschriften einfacher, effizienter und robuster gemacht werden sollen. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation werden in die Erarbeitung neuer Vorschläge für MwSt-Sätze einfließen, die die Kommission 2013 vorlegen wird.

Nach der geltenden EU-MwSt-Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten einen MwSt-Normalsatz von mindestens 15 % anwenden. Sie haben jedoch die Möglichkeit, auf bestimmte Güter und Dienstleistungen, die in einem Verzeichnis festgelegt sind, einen oder zwei ermäßigte MwSt-Sätze von mindestens 5 % zu erheben. Die Mitgliedstaaten dürfen die ermäßigten Sätze nur auf die Güter oder Dienstleistungen anwenden, die in der Liste genannt sind. Die Konsultation läuft bis zum 03.01.2013.

Pressemitteilung der Kommission unter

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/consultations/tax/vat\\_rates/consultation\\_document\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultations/tax/vat_rates/consultation_document_de.pdf)

Die Konsultationsunterlagen unter

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/common/consultations/tax/2012\\_vat\\_rates\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2012_vat_rates_de.htm)

Eine allgemeine Übersicht über die Mehrwertsteuersätze in den Mitgliedstaaten der EU und die Ausnahmeregelungen (Stand 1.7.2012) unter

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/how\\_vat\\_works/rates/vat\\_rates\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_de.pdf)

## **15. Produktrückrufe**

**Es gibt jetzt ein Portal, in dem alle auf dem Weltmarkt zurückgerufenen Produkte aufgeführt sind.**

Damit sind Verbraucher, Unternehmen und Behörden in der Lage, sich über gefährliche Produkte zu informieren, die von Herstellern auf der ganzen Welt wegen Mangelhaftigkeit zurückgerufen, d.h. vom Markt genommen werden mussten. Es wird davon ausgegangen, dass jährlich rund 3000 Mitteilungen von den zuständigen Behörden der EU, der USA, Kanadas und Australiens in dieses Portal eingestellt werden.

Pressemitteilung der Kommission unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1127\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1127_de.htm)

Das internationale Portal zum Rückruf von Produkten unter

<http://globalrecalls.oecd.org/>

## **16. Elektronische Rechnungsstellung Termin: 14.1.2013**

**Z.Zt. läuft ein Konsultationsverfahren zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen.** Die Konsultation erfolgt in Form eines Grünbuchs, in dem die interessierten Kreise aufgefordert werden, sich dazu zu äußern, wie die EU die Mitgliedstaaten dabei unterstützen kann, den Beschaffungsprozess zu beschleunigen und zu erleichtern. Die erheblichen Kosten, die mit einem Übergang zum elektronischen Beschaffungswesen verbunden sind, wirken auf viele öffentliche Auftraggeber abschreckend. Deshalb werden mit dem Grünbuch Stellungnahmen dazu eingeholt, wie die EU die Mitgliedstaaten dabei unterstützen kann, das Potenzial der e-Beschaffung zur Vereinfachung und Verbesserung des öffentlichen Auftragswesens voll auszuschöpfen, den Übergang zur Online-Abwicklung durch die richtige Kombination rechtlicher Anreize und Instrumente zu beschleunigen und Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten die Beteiligung an Online-Beschaffungsverfahren zu ermöglichen.

Das Grünbuch wendet sich an Vergabebehörden, Anbieter technologischer Lösungen, sowie an Vertreter von Industrie- und Handelsverbänden. Die Kommission ist insbesondere an Beiträgen von Institutionen interessiert, die schon mit der elektronischen Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen, d. h. im B2G-Bereich (Beziehungen zwischen Unternehmen und Behörden), zu tun haben. Anlass für die Konsultation sind die Probleme, die sich aus der mangelnden Interoperabilität der verschiedenen nationalen Systeme ergeben. Zwar haben in den letzten Jahren viele Unternehmen die elektronische Rechnungsstellung etabliert. Bei grenzüberschreitenden Verträgen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens gibt es aber aufgrund unterschiedlicher nationaler Standards Schwierigkeiten. Die Kommission will daher prüfen, wie die mangelnde Interoperabilität der verschiedenen Systeme überwunden und damit die Einführung der elektronischen Rechnungsstellung in der EU gefördert werden kann. Die Konsultation läuft bis zum 14. Januar 2013.

Weitere Einzelheiten und der Fragebogen unter  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2012/invoicing\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2012/invoicing_de.htm)

## **17. Lehrergehälter**

**Es gibt einen aktuellen EU-Bericht über die Gehälter und Zulagen für Lehrkräfte und Schulleiter.**

Während in 16 europäischen Staaten Lehrergehälter gekürzt oder eingefroren wurden, sind u.a. in Deutschland und Österreich die Gehälter an den Lebenshaltungsindex angepasst worden. Erfasst werden die Gehälter von voll ausgebildeten, in Vollzeit arbeitenden Lehrkräften und Schulleitern an Vorschulen, Primar-schulen und Sekundarschulen (Stufen I und II). Der Bericht informiert u.a. über

die minimalen und maximalen Dienstbezüge im Verhältnis zum BIP pro Kopf und zum tatsächlichen Verdienst (Dienstbezüge plus Zulagen);

die Gehaltsprogression bei zunehmender Berufserfahrung;

die jüngsten Zuwächse bzw. Rückgänge der Kaufkraft von Lehrkräften und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise;

die verschiedenen Zulagen und die dafür zuständigen Entscheidungsträger;

die im Privatsektor gezahlten Gehälter.

Eine ausführliche Pressemitteilung mit umfangreichen Vergleichszahlen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/1073&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Vollständiger Bericht (Englisch, 104 Seiten) unter

[http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/facts\\_and\\_figures/salaries.pdf](http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/facts_and_figures/salaries.pdf)

## **18. Jahrbuch der Regionen**

**Das Jahrbuch der Regionen 2012 enthält Daten zu mehr als 1.300 Regionen in der EU.** Die von Eurostat vorgelegte Veröffentlichung beinhaltet Kapitel über Wirtschaft, Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, Unternehmensstatistiken, Tourismus, Informationsgesellschaft, Landwirtschaft, Verkehr, Wissenschaft, Technologie & Innovation, europäische Städte, Küstenregionen sowie dicht und dünn besiedelte Gebiete. Auf der Eurostat Webseite steht darüber hinaus ein neues interaktives Werkzeug, der Statistische Atlas, zur Verfügung. Dieser umfasst Karten aller Regionen in der EU (bis zur NUTS Ebene 3) und bietet die Möglichkeit Flüsse, Städte und Straßen anzuzeigen. Auf diesen Karten kann die gesamte Bandbreite der statistischen Indikatoren, die im Jahrbuch der Regionen enthalten sind, ausgewählt und auf klare und leserliche Weise dargestellt werden.

Pressemitteilung von Eurostat unter

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/1-11102012-AP/DE/1-11102012-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/1-11102012-AP/DE/1-11102012-AP-DE.PDF)

Das Jahrbuch (Englisch, 220 Seiten) unter

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-HA-12-001/EN/KS-HA-12-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-HA-12-001/EN/KS-HA-12-001-EN.PDF)

Der Statistische Atlas unter

<http://ec.europa.eu/eurostat/statistical-atlas/gis/viewer/>

### **19. Kommission – Arbeitsprogramm 2013**

**Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2013 und die ersten Monate 2014 vorgestellt.** Es besteht aus einer zusammenfassenden Mitteilung und Anhängen, in denen u.a. die geplanten Initiativen und Vorschläge aufgelistet sind. Zu den 58 Bereichen, in denen die Kommission noch tätig werden will, gehören u.a.

Initiative, die die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen zur Pflicht macht;

Modernisierung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung;

Überprüfung der Abfallpolitik und der Abfallrahmenrichtlinie, der Deponierichtlinie und der Verpackungsrichtlinie, um festzustellen, wie neue Märkte und eine bessere Wiederverwertung zum Wachstum beitragen können;

Anpassung der EU-Rahmenvorgaben für Luftqualität;

Beseitigung der Hindernisse im elektronischen Zahlungsverkehr;

stärkere Anreize für eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen durch Verringerung der Kosten für die Errichtung von Breitband-Infrastrukturen (Netzausbau) und Freigabe von Bandbreiten für die Bereitstellung drahtloser Breitbanddienste;

Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, um durch größere Arbeitskräftemobilität in Europa die Übergänge auf den Arbeitsmärkten zu erleichtern.

Pressemitteilung zum Arbeitsprogramm unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1131\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1131_de.htm)

Die Mitteilung zum Arbeitsprogramm vom 23.10.2012 (13 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf)

Anhänge zur Mitteilung vom 23.10.2012 unter

[http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013\\_annex\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf)

Roadmap 2013 mit Erläuterungen (Englisch) unter  
[http://ec.europa.eu/governance/impact/planned\\_ia/roadmaps\\_2013\\_en.htm](http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/roadmaps_2013_en.htm)

## **20. Klimaschutz-Kampagne**

**Unter dem Motto „Deine Welt. Dein Klima“ hat die Kommission eine Kampagne gestartet**, die Wachstumschancen durch intelligente Klimapolitik aufzeigen soll. Die Kampagne läuft bis Ende 2013. Den Kern der Kampagne bildet eine Website, die als Teilnahmeplattform dienen soll, durch die Einzelpersonen, Unternehmen und Gruppen vor Ort Gelegenheit erhalten, für die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen Lösungen abzurufen, vorzustellen und zu diskutieren. Bei der europaweiten Suche nach den besten und originellsten Lösungen sind ein Kernelement dieser Kampagne Partnerschaften mit anderen Organisationen. Mehr als 70 Organisationen sind bereits als Partner eingetragen, darunter Branchenverbände und Hochschulen ebenso wie Nichtregierungsorganisationen oder Regierungsstellen. Im Verlauf der Kampagne sollen weitere Partner hinzukommen.

Die Kampagne soll dazu dienen, kosteneffiziente Lösungen für das EU-Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80-85 % bis 2050 vorzustellen. Mittelfristig will die EU bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20 % senken, die Energieeffizienz um 20 % erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf 20 % steigern. Derzeit liegen die Emissionen in der EU um 17 % unter den Werten von 1990.

Die Pressemitteilung unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1076\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1076_de.htm?locale=en)

Die Webseite zur Kampagne unter

<http://world-you-like.europa.eu/de/entdecken/>

## **21. LIFE-Projekte 2011**

**Die 5 besten LIFE-Umweltprojekte 2011** sind in einer von der Kommission vorgelegten Broschüre enthalten. Die Broschüre (Englisch, 24 Seiten) unter  
<http://ec.europa.eu/environment/life/publications/lifepublications/bestprojects/documents/bestenv11.pdf>

## **22. Interkultureller Kalender**

**Der Interkulturelle Kalender 2013 liegt vor.** In dem vom Berliner Integrationsbeauftragten (Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin) herausgegebenen Kalender sind die wichtigsten Festtage der



großen Religionsgemeinschaften und Nationalitäten zusammengestellt. Es wird eine Schutzgebühr von 0,50 € pro Exemplar, zzgl. Versand-kosten, erhoben. Der Kalender zum Herunterladen unter

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/kalender/index.html>

### **23. EUROPASS-Broschüren**

**Es sind 3 neue europass-Broschüren erschienen.** Die europass Reihe ist ein kostenloser Service, alle im In- und Ausland erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen europaweit verständlich zu dokumentieren. Nach den bereits zum Lebenslauf und zu Studienabschlüssen im Hochschulbereich erschienenen Veröffentlichungen, sind jetzt die Themen Sprachenpass, Zeugniserläuterungen und Mobilität in der für Bewerbungen hilfreichen europass Reihe erschienen. Die Broschürenreihe gibt Hilfestellung, bei der Verfassung eines aussagekräftigen und europaweit verständlichen Lebenslaufs, beim Nachweis von Auslandserfahrungen und Hinweise, wie Sprach-kenntnisse, Flexibilität und Mobilitätsbereitschaft glaubhaft zu machen sind.

Bestellung der Broschüren unter

<http://www.na-bibb.de/service/publikationen/europass.html>

### **24. Karlspreis für die Jugend Termin: 28.1.2013**

**Das Parlament hat den „Europäischer Karlspreis für die Jugend“ ausgeschrieben.** Diese Auszeichnung wird zum 6.mal vergeben. Teilnahmeberechtigt sind Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren. Ausgeschlossen sind Dissertationen und wissenschaftliche Veröffentlichungen, sowie Projekte, die zu mehr als 50 % aus EU-Mitteln finanziert werden. Bewerbungen sind bis zum 28. Januar 2013 möglich. Weitere Informationen zu den Voraussetzungen und zur Anmeldung unter <http://www.charlemagneyouthprize.eu/view/de/introduction.html>

### **25. Lisa taucht ab**

**Die Kommission hat eine kindgerechte Information zum Wasserschutz veröffentlicht.** Es wird die Geschichte von zwei wissbegierigen Kindern erzählt, denen ein sprechender Frosch die Bedeutung von Wasser und die Folgen von Wasserverschmutzung klarmacht. Die interaktive digitale Geschichte für Kinder zwischen sieben und elf Jahren kann kostenlos heruntergeladen werden.

Pressemitteilung der Kommission unter

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1153\\_de.htm?locale=FR](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1153_de.htm?locale=FR)

Apple Store:

<http://itunes.apple.com/lu/app/zoe-makes-a-splash!/id542684376?mt=8&uo=4>

Google Play: <https://play.google.com/store/apps/details?id=com.inuistudio.zoemakesasplash>

Online-Version:

[http://ec.europa.eu/environment/pubs/children/zoe/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/environment/pubs/children/zoe/index_de.htm)

---